

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Gerhard Engelbrech

Vom Arbeitskräftemangel zum gegenwärtigen
Arbeitskräfteüberschuß: Frauen und Erwerbsarbeit
in den neuen Bundesländern

24. Jg./1991

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16,
E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0;
Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Vom Arbeitskräftemangel zum gegenwärtigen Arbeitskräfteüberschuß: Frauen und Erwerbsarbeit in den neuen Bundesländern

Gerhard Engelbrech*

Mit der Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Strukturwandel, der zugleich das bisherige Wertesystem beeinflusst, geraten erwerbstätige Frauen in den neuen Bundesländern in einen Doppelkonflikt:

- zwischen tradierte individuelle und veränderte gesellschaftliche Erwartungen an die Erwerbstätigkeit von Frauen und
- zwischen individuelle Ansprüche und deren faktische Realisierungsmöglichkeiten angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage.

Die derzeitige berufliche Situation von Frauen ist bestimmt durch einen Rückgang der Arbeitsplätze auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt, wie er in der Zahl von zumindest 1,5 Mio. verlorengangenen Arbeitsplätzen und in der Kurzarbeit zum Ausdruck kommt. Die Verluste konnten zum Teil durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Weiterbildungsangebote „abgefedert“ werden. Für einen großen Teil der Frauen folgte daraus jedoch Abdrängung in Arbeitslosigkeit oder in die Stille Reserve.

Auch das bisherige System kollektiver Kinderbetreuung ändert sich unter den neuen Bedingungen. Die Übernahme familialer Pflichten vornehmlich durch Frauen geht ebenfalls zu Lasten der Erwerbstätigkeit.

Erfahrungen aus den alten Bundesländern zeigen, daß Arbeitskräfte, deren längerfristige Nutzung aus Sicht der Betriebe weniger gesichert ist, und die weniger qualifiziert einsetzbar sind, wie z. B. teilzeitbeschäftigte Frauen, Berufsrückkehrerinnen sowie Alleinerziehende, bei Einstellungen benachteiligt werden. Da nahezu ausschließlich Frauen für familiäre Pflichten zuständig sind, können sie die Möglichkeiten, durch regionale Mobilität (Umzug im Gebiet der ehemaligen DDR, Pendeln oder Wohnortverlegung in die alten Bundesländer) ihre Chancen zu verbessern, weniger nutzen als Männer.

Bei der Beurteilung zukünftiger Möglichkeiten von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin zu berücksichtigen, daß trotz der Systemunterschiede zwischen der alten DDR und der alten Bundesrepublik über weite Bereiche hinweg die Berufsausbildung stark geschlechtsspezifisch segregiert war. Sowohl beim Wegfall von Ausbildungsplätzen wie auch bei der Neubesetzung von Arbeitsplätzen wirkt sich die – im Vergleich zu jüngeren Männern – stärkere Konzentration auf wenige Ausbildungsbereiche für die weiteren beruflichen Möglichkeiten junger Frauen negativ aus.

Gliederung

- 1 Unterschiedliche gesellschaftliche Wertesysteme und die Bedeutung der Berufstätigkeit für Frauen
- 2 Die Integration von Frauen in das Berufsleben in der ehemaligen DDR und gesellschaftliche Rollenerwartung
 - 2.1 Diskontinuierliche Berufsverläufe in der ehemaligen DDR
 - 2.2 Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach der Wende
- 3 Formaler Gleichstellungsanspruch in der ehemaligen DDR für Männer und Frauen und reale berufliche Segregation
 - 3.1 Geschlechtsspezifischer „Ausbildungsstellenmarkt“
 - 3.2 Situation von Frauen im weiteren Berufsverlauf
- 4 Der Übergang zur Marktwirtschaft: Abdrängung und Arbeitslosigkeit von Frauen
 - 4.1 Entwicklung der Unterbeschäftigung
 - 4.2 Frauentypische Arbeitsmarkthemmnisse
- 5 Strukturveränderungen beim Übergang in die Marktwirtschaft und zu erwartende Arbeitsmarktanforderungen an Frauen
 - 5.1 Ausgangslage
 - 5.2 Strukturverschiebungen
 - 5.3 Qualifikationsanforderungen

Literatur

* Gerhard Engelbrech ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

I Unterschiedliche gesellschaftliche Wertesysteme und die Bedeutung der Berufstätigkeit für Frauen

Erst infolge des konjunkturellen Aufschwungs kam es in den 70er Jahren im bisherigen Bundesgebiet zu einer zahlenmäßig wachsenden Integration von Frauen am Arbeitsmarkt, die in den 80er Jahren von den Schwierigkeiten bei zunehmendem Arbeitsmarktungleichgewicht überschattet wurde. Dagegen war in der ehemaligen DDR mit „knappen“ Arbeitskräften und einer Erwerbsquote von Frauen von ca. 90% Frauenarbeit über die Jahre hinweg als selbstverständlich angesehen. Ausgehend von Vorstellungen der deutschen Arbeiterbewegungen war die DDR bemüht, Frauen ins Erwerbsleben zu integrieren und zu qualifizieren (Röth 1990). Zunehmend führte aber auch die systembedingte Arbeitskräfteknappheit dazu, daß Druck auf Frauen ausgeübt wurde, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Hinzu kam häufig die wirtschaftliche Notwendigkeit, einen Beitrag zum Familienbudget zu leisten (Blaschke, v. Hennings 1991), wobei auch in der DDR alles, was mit Familie zusammenhing, vorrangige Aufgabe der Frau war.

Überwiegende Alleinzuständigkeit für familiäre Pflichten bei einer Regelarbeitszeit von 43,75 Stunden scheint aus tradierter Sicht der alten Bundesrepublik ein Paradoxon zu sein. Denn trotz Kaufkraftüberhang zumindest bei einem Teil der Bevölkerung und überwiegend einseitiger – zu Lasten der Frauen gehender – Arbeitsteilung im Haushalt, überwog in der DDR das Selbstverständnis zur Erwerbstätigkeit von Frauen sowie die soziale Einbindung in den Betrieb im Denken und Handeln der Frau gegenüber der Alternative Rückzug in die Familie. So ist beispielsweise in den Altbundesländern weniger als jede dritte Frau mit einem Kind unter 6 Jahren berufstätig, die Hälfte davon

halbtagsbeschäftigt, und sind gering qualifizierte Frauen über Jahre hinweg deutlich unterdurchschnittlich und überwiegend nur aus der ökonomischen Notwendigkeit heraus erwerbstätig (Engelbrech 1987). Dagegen bestand in der DDR eine im Vergleich hohe Erwerbstätigkeit auch bei Frauen mit Kindern ab zwei Jahren und über alle Bildungsschichten hinweg.

Das „Recht auf Arbeit“ in der ehemaligen DDR fand in der „Pflicht“ zur Erwerbstätigkeit eine ideologische Institutionalisierung, die sich im Selbstverständnis von Frauen verinnerlichte. Die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wurden insbesondere bei zunehmendem Arbeitskräftemangel in der DDR und Arbeitskräfteüberhang in den alten Bundesländern von den jeweiligen familien- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen unterstützt bzw. forciert. Das zeigt sich in der stärkeren öffentlichen Kinderbetreuung zur Sicherung der weiblichen Arbeitskraft im Osten und finanziellen Transferleistungen (Ehegattensplitting, Erziehungsgeld) für die Kindererziehung in den Familien im Westen.

Die in Ost- und Westdeutschland zum Teil doch unterschiedlichen Bedingungen und Determinanten der Erwerbstätigkeit spiegeln somit die Andersartigkeit der Geschichte und Gegenwart der Frauenarbeit der alten und neuen Bundesländer wider. Paradigmen, die im Hintergrund der Frauenerwerbsarbeit und der damit verbundenen Forschung standen, waren in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich. Auch gegenwärtig wird trotz formaler Wiedervereinigung „der Konflikt der zwei Modernen“ (Beck 1990) einer Angleichung der Berufs- und Lebensverläufe von Frauen entgegenstehen. Ursachen sind u. a. die unterschiedlichen Wohlstands- und Sicherungsniveaus, mit der Folge primär materieller Ausrichtung im Osten und über die rein ökonomische Dominanz hinausgehender Wertestruktur zur Wohlstandserhaltung im Westen. Und die Diskussion zur Frauenerwerbsarbeit wird – ob in „einfacher“ (ehemalige DDR) oder „reflexiver“ (alte Bundesländer) Moderne -- zumindest gegenwärtig in einem Deutschland der „zwei Modernen andere Bedeutung haben und von je einer anderen Moderne“ ausgehen müssen (Nickel 1991).

Damit kommen mit der Wiedervereinigung und der Transformation eines anderen Wertesystems erwerbstätige Frauen in den neuen Bundesländern in zweierlei Konflikte durch

- Diskrepanzen zwischen tradierten individuellen und veränderten gesellschaftlichen Erwartungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen und
- Diskrepanzen bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage zwischen individuellen Ansprüchen und faktischen Realisierungsmöglichkeiten.

Die spätestens seit Anfang des Jahres 1990 im Gefolge des Umbruchs in der vormaligen DDR sich auch in den neuen Bundesländern abzeichnende Veränderung der Frauenerwerbstätigkeit wird zum einen begleitet von einer Verschiebung bisheriger kollektiver Betreuung zu stärkerer individueller Förderung von Familien und andererseits zusätzlicher Gefahr verstärkter geschlechtsspezifischer Konkurrenz und Abdrängung vom Arbeitsmarkt. Zur besseren Transparenz dieser unterschiedlichen Ausgangspunkte wird im folgenden reflektiert, welches historisch gewachsene Selbstverständnis zur Berufstätigkeit Frauen in den neuen Bundesländern mitbringen, wie sich die Situation von Frauen im Erwerbsleben gegenwärtig für die neuen

Bundesländer darstellt, und welche Entwicklungen und Anforderungen daraus abzuleiten und zu erwarten sind.

2 Die Integration von Frauen in das Berufsleben in der ehemaligen DDR und gesellschaftliche Rollenerwartung

2.1 Diskontinuierliche Berufsverläufe in der ehemaligen DDR

Im Einklang mit den offiziellen Gleichstellungsforderungen lag die Erwerbsquote in der ehemaligen DDR bereits Ende der 60er Jahre weit über dem gegenwärtigen Niveau der alten Bundesländer und hatte 1989 mit 90% einen Stand der Erwerbsbeteiligung, der z. B. in den EG-Ländern nur von Männern erreicht wird.

Noch unmittelbar nach der Wende waren in der DDR - abgesehen von Freistellungen – selbst im Alter zwischen 25 und 50 Jahren lediglich zwischen 2% und 7% der Frauen nicht erwerbstätig. Selbst wenn die vorübergehend freigestellten Frauen (Mütter im Babyjahr) als nicht erwerbstätig gezählt werden, betrug die Erwerbsbeteiligung im Juni 1990 in der DDR noch 66% bei 20- bis 24jährigen, 79% bei 25- bis 29jährigen und 86% bei 30- bis 34jährigen Frauen und war damit deutlich höher als im bisherigen Bundesgebiet (Brinkmann, Engelbrech 1991). Nach diesem Alter spielte die Freistellung kaum noch eine Rolle.

Die im Vergleich zu den alten Bundesländern hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in der ehemaligen DDR darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in einzelnen Lebensphasen auch dort zu diskontinuierlichen Berufsverläufen bei Frauen kam. So waren in der Altersgruppe von 20 bis 30 Jahren etwa 20% aller Frauen vorübergehend von der Erwerbstätigkeit freigestellt (Mütterjahr), im Alter von 30 bis 34 Jahren waren es noch 7%. Während der Zeit der Freistellung hatten Mütter Anspruch auf Lohnersatzleistungen und anschließende Weiterbeschäftigung. Der relativ hohe Anteil von 16% vorübergehend freigestellter Frauen unter den nicht verheirateten berufstätigen 20- bis 24jährigen und von 14% der 25- bis 29jährigen Frauen deutet auf die im Vergleich zum bisherigen Bundesgebiet größere Anzahl alleinerziehender berufstätiger Mütter hin.

Weiterhin gaben acht von zehn erwerbstätigen Müttern an, ihre Berufstätigkeit mindestens einmal länger als ein halbes Jahr und nahezu jede zweite, mehrmals unterbrochen zu haben. Bei jeder dritten Mutter ging die Dauer der Unterbrechung zur Kindererziehung über das Mütterjahr hinaus. Auch die flächendeckende Ausstattung der früheren DDR mit sozialen Infrastruktureinrichtungen (Kinderhorte, -gärten, etc.) hat nicht verhindert, daß bei über einem Drittel der erwerbstätigen Mütter die Dauer der jeweiligen Unterbrechung über ein Jahr hinausging (Engelbrech, Kraft 1991). Damit unterschied sich hier – wenn auch nicht so deutlich wie in den alten Bundesländern – der Berufsverlauf von Frauen in den Altersstufen mit Kindern deutlich von dem der Männer.

In geringerem Umfang als in den alten Bundesländern war in der ehemaligen DDR die Möglichkeit gegeben, familiale Pflichten und Erwerbstätigkeit mit Hilfe von Teilzeitarbeit zu verbinden. Zwar gaben im Juni 1990 über 25% der erwerbstätigen Frauen in der früheren DDR (alte Bundesländer über 30% bei aber insgesamt niedrigerer Erwerbstätigkeit) an, teilzeitbeschäftigt zu sein. Die durchschnittliche Stundenzahl bei Teilzeitarbeit lag aber in der ehemaligen DDR höher als im Bundesgebiet, und teilzeitbeschäftigt waren besonders häufig Frauen in mittleren Altersgruppen und vor allem ältere Arbeitnehmerinnen (Brinkmann, Engelbrech 1991).

Auf der anderen Seite kommen bereits im Jahre 1980 durchgeführte Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß die überwiegende Mehrzahl von Frauen bei einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von 43,75 Stunden und im Vergleich zu den alten Bundesländern häufiger Schichtarbeit, „verkürzt arbeiten“ will, wobei für die Kleinkinderphase die vorübergehende Arbeitsbefreiung bevorzugt wird (Hoppe, Zettel 1990). Verstärkter Arbeitskräftemangel ließ aber gerade zu dieser Zeit eine Ausweitung der Teilzeitarbeit staatlicherseits „kontraproduktiv“ erscheinen, mit der Folge verstärkter restriktiver Maßnahmen bei Arbeitszeitverkürzung.

Hier spiegelt sich zum Teil eine Werteverstärkung der letzten Jahre wider, die im Gegensatz zu staatlichen Zielsetzungen stand. Private Nischen, persönliches und familiäres Wohlbefinden rückten gegenüber gesellschaftlichem Engagement stärker in den Vordergrund (Nickel 1991), was aber im Hinblick auf die Kinderbetreuung ausschließlich die Zuständigkeit der Frauen bedeutete. Dies zeigte sich faktisch bei Frauen in höheren Arbeitszeitausfällen, häufiger Krankheit und stärkerer Inanspruchnahme der gesetzlich zustehenden Beurlaubung bei Erkrankung der Kinder als dies bei Männern der Fall war. Viele Frauen empfanden die Hausarbeit neben der Berufstätigkeit als zweite Schicht, in der vier Fünftel der Ehefrauen, aber lediglich die Hälfte der Männer täglich zwischen einer und vier Stunden für Hausarbeit aufwandten (Meier 1991). Bei gegebener, an tradierten Rollenerwartungen orientierter gesellschaftlicher Arbeitsteilung war somit auch in der ehemaligen DDR, vor allem beim Vorhandensein von Kleinkindern, die Bereitschaft zur Reduzierung bzw. zeitweiligen Aufgabe der Erwerbstätigkeit vorhanden.

2.2 Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach der Wende

Der latente Wunsch nach individuell im Lebenslauf flexibler gestaltbaren Arbeitszeiten von Frauen bedeutet aber auch bei zu erwartenden Einschränkungen sozialer Infrastruktureinrichtungen für die Mehrzahl der Frauen nicht den Rückzug in die Familie. Trotz oder gerade wegen des sich abzeichnenden Paradigmenwechsels mit einer stärkeren Individualisierung und gleichzeitig zunehmender materiellen Orientierung wird die Frauenerwerbsarbeit bei veränderter „Arbeitsmarktsituation“ im Gebiet der ehemaligen DDR nicht plötzlich auf den Stand der alten Bundesländer absinken. Neben der traditionellen beruflichen Orientierung erfordert ein – im Vergleich mit dem Westen – bestehender Nachholbedarf an Konsum weiterhin die Erwerbstätigkeit von Frauen.

Auch nach der Wende hat die Berufstätigkeit für Frauen einen über die ökonomische Notwendigkeit hinausgehenden Wert. So geben zwei Drittel der berufstätigen Frauen im November 1990 an (Infas 1991), daß sie auch dann berufstätig sein würden, wenn sie das Geld nicht bräuchten, lediglich 11% würden ihre Berufstätigkeit dann sicher aufgeben. Von den nicht berufstätigen Frauen wollen 61%, sobald sie eine Stelle finden, wieder arbeiten, 40% davon in Teilzeit. Nahezu alle befragten Frauen finden es am besten, wenn beide Partner berufstätig sind (lediglich 1% verneint dies explizit).

Diese Aussagen sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß 92% der Frauen mit Kindern im Krippenalter die Art der Kinderbetreuung in der ehemaligen DDR überwiegend als sehr gut finden, wenngleich diese auch hier nicht hinreichend war. So wurde z. B. ein Drittel der Kinder zusätzlich von den Großeltern betreut bzw. mußte von ihnen betreut

werden. Trotz dieser Einschränkungen meinen bei der Bewertung von Berufstätigkeit bzw. Kinderbetreuung lediglich 15% der weiblichen Befragten, daß verheiratete Frauen nicht berufstätig sein sollten. Beim Vorhandensein von Kleinkindern ist dies deutlich anders: Dann findet knapp die Hälfte (46%) der Frauen, daß Kleinkinder unter der Berufstätigkeit der Mütter leiden (Infas 1991). Eine Reduzierung von sozialen Infrastruktureinrichtungen würde zwar der Erwerbsneigung und den Vorstellungen zur Kinderbetreuung insgesamt entgegenstehen, für die Kleinkinderphase scheint aber auch bei den Frauen in den neuen Bundesländern eine Tendenz zum Abrücken von kollektiver und stärkerer Bedeutung individueller Betreuung zu bestehen.

Faktisch gibt es bereits gegenwärtig in den neuen Bundesländern weniger Möglichkeiten kollektiver Kinderbetreuung. Insbesondere durch Auflösung von Betrieben und Arbeitslosigkeit von Frauen entfällt der Anspruch auf Nutzung betrieblicher Betreuungsmöglichkeiten. Durch die „Freisetzung“ von Frauen und steigenden öffentlichen Kinderbetreuungskosten kommt es somit häufig zwangsläufig dazu, daß Mütter während der Phase der Kindererziehung auf Teilzeitarbeit angewiesen sind oder die Erwerbstätigkeit unterbrechen bzw. unterbrechen müssen. Dadurch wird zukünftig ein Teil der Frauen aus der ehemaligen DDR mit den – für die alten Bundesländer nachgewiesenen – Problemen der Teilzeitarbeit bzw. der Berufsrückkehr bzw. Wiedereingliederung konfrontiert werden. Tatsächlich gaben im Juli 1991 (Infratest 1991c) in Familien mit Kindern unter 16 Jahren 39% der Männer an, daß die Kinderbetreuung durch die Ehepartnerin erfolgt – bei Frauen wurden entsprechende Aussagen über den Ehepartner lediglich von 14% gemacht. Und mit 44% gehen Frauen doppelt so häufig wie Männer (22%) davon aus, daß sie ohne außerhäusliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten sicher bzw. wahrscheinlich nicht berufstätig sein können. Hier werden Erfahrungen aus den alten Bundesländern zu nutzen und Maßnahmen an die für die neuen Bundesländer spezifische Situation anzupassen sein.

Bei der Suche nach Strategien und bei der Abwägung der Möglichkeiten zur Frauenförderung ist aber zu bedenken, daß in beiden Teilen der Bundesrepublik Maßnahmen, die Frauen im Beruf und bei der Wiedereingliederung helfen bzw. stützen sollen, ambivalenten Charakter haben. So können Maßnahmen, die ausschließlich auf Frauen ausgerichtet sind, als zusätzliche Belastung und damit als Kostenfaktor von Betrieben angesehen werden, die – ohne weitere flankierende Hilfestellung – zu Einstellungs- oder Berufsverlaufshemmnissen werden. Ergänzend zu direkten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muß z. B. die soziale Infrastruktur erhalten oder ausgebaut und müssen andere Arbeitszeit- bzw. Finanzierungsmodelle auch Möglichkeiten für Männer aufzeigen, neben der Berufstätigkeit mehr auf Familie und Kinder eingehen zu können.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß Erwerbstätigkeit für Frauen in den neuen Bundesländern nicht nur Ausdruck des gesellschaftlichen und ökonomischen Zwangs war oder ist, sondern auch ihre stärkere Berufsorientierung widerspiegelt, der – wie die Geburtenrate zeigt – der Wunsch nach Kindern nicht entgegenstand. Doch wurden und werden von Frauen in stärkerem Maße neben vorhandenen, von der Gesellschaft übernommenen familialen Aufgaben individuelle Hilfestellungen bei der Betreuung von Kindern gewünscht. Traditionell überwiegende Alleinzuständigkeit der Frauen für die Familie

unterhöhlte aber auch in der ehemaligen DDR die vom Staat formulierte berufliche Gleichstellung der Geschlechter. Vor allem die gegenwärtige Tendenz zur Individualisierung und weiteren Konzentration familialer Pflichten auf Frauen bleibt einerseits nicht ohne Auswirkungen auf deren berufliche Möglichkeiten. Auf der anderen Seite werden individuelle Ausweichstrategien entwickelt, um im Erwerbsleben marktfähig zu bleiben; der drastische Rückgang der Geburtenrate belegt dies (Holst, Schupp 1991).

3 Formaler Gleichstellungsanspruch für Männer und Frauen und reale berufliche Segregation

Auch bei der – im Vergleich zu den alten Bundesländern – stärkeren beruflichen Integration kam es in der ehemaligen DDR in den Phasen der Kleinkinderbetreuung bei Frauen zur Schwerpunktverlagerung von außerhäuslichen zu häuslichen Tätigkeiten. Obwohl in diesen Phasen dem Berufsleben der Frauen stärkere Bedeutung als in den alten Bundesländern zukam, wird im folgenden zu fragen sein, inwieweit sich in der ehemaligen DDR aufgrund des Geschlechts unterschiedliche Karriereverläufe bei Männern und Frauen entwickelten bzw. zu erwarten sind.

3.1 Geschlechtsspezifischer „Ausbildungsstellenmarkt“

Die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in der ehemaligen DDR und ein mit den Männern vergleichbares Ausbildungsniveau darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es – wie in den alten Bundesländern – auch in der ehemaligen DDR geschlechtsspezifische berufliche Barrieren gab und Frauen in der Arbeitswelt nicht gleichberechtigt mit Männern waren. Dies zeigt sich zum Beispiel deutlich an Einkommen, Status und Arbeitsbedingungen.

In der ehemaligen DDR mit 300 Facharbeiterberufen, von denen nur etwa 20 aus arbeitsmedizinischen Gründen Mädchen nicht empfohlen wurden, konzentrierte sich der überwiegende Teil der jungen Frauen wie in den alten Bundesländern auf ein begrenztes berufliches Spektrum. So wurden in der DDR Mädchen überwiegend in solchen Facharbeiterberufen ausgebildet, die bereits einen hohen Frauenanteil aufwiesen. Insbesondere in den Dienstleistungsberufen, wie z. B. Krankenschwester, Friseur(in), „Facharbeiter für Schreibtechnik“ und Fachverkäufer wurden überwiegend junge Frauen ausgebildet (Brandner 1990). Ca. 60% der Schulabgängerinnen konzentrierten sich auf nur 16 Facharbeiterberufe, die wiederum einen Frauenanteil von 85% aufweisen (Schenk 1991). Außerhalb des Dienstleistungsbereichs umfaßte die Konzentration von Frauen in technischen Berufen einen engen Bereich wenig attraktiver Berufe, wie z. B. in der gegenwärtig kaum noch zukunfts-trächtigen Textil- und Bekleidungsindustrie. Unterrepräsentiert waren Frauen dagegen bei Berufen mit flexibler einsetzbaren Qualifikationen, wie z. B. Elektronikfacharbeitern, Facharbeitern für Nachrichtentechnik und Werkzeugmaschinen sowie Baufacharbeitern und kaum vertreten unter Facharbeitern für BMSR-Technik (Bedien-, Meß-, Steuer-, Regeltechnik), Maschinen- und Anlagebau, Werkzeugmachern und Elektromonteuren.

Lehrstellenangebote für Mädchen in technischen Berufen waren insgesamt in den letzten Jahren rückläufig. Beispielsweise nahm der Anteil junger Frauen zwischen 1980 und 1989 bei den Wartungsmechaniker(innen) von 30% auf 18% und bei den Elektromonteur(innen) von 14% auf 8% ab. Bei Klempner(innen) und Installateur(innen), Facharbeiter(innen) für Bedien-, Meß-, Steuer- und Regel-

technik und Schlosser(innen) lag der Frauenanteil bei den Lehrlingen unter 5% (Schenk 1991). Darüber hinaus kam es durch die Ausweitung des Produktionsbereichs in den letzten Jahren zu einem Rückgang des traditionellen Ausbildungsstellenangebotes für Mädchen. Die Durchsetzung der Interessen und Neigungen von Mädchen außerhalb des tradierten beruflichen Spektrums wurde vielfach zusätzlich erschwert und oft durch ungesetzliche Praktiken der Personalrekrutierung von Betrieben und Kombinatn behindert (Frauenreport '90).

Ähnlich wie in den alten Bundesländern hatte die Fachschulausbildung in der ehemaligen DDR für junge Frauen einen höheren Stellenwert als für junge Männer. Auch hier konzentrierten sich junge Frauen auf medizinische, pädagogische und darüber hinaus wirtschaftliche Fachrichtungen mit einem Frauenanteil von 85% bis 95%. Ähnlich waren sie – wenngleich in geringerem Umfang als in den alten Bundesländern – unterrepräsentiert in technischen Fächern (Frauenanteil 30%). Bei den Hochschülern, wo Frauen mit 50% entsprechend ihrem Anteil am Altersjahrgang vertreten waren, zeichnete sich die Polarisierung in männliche und weibliche Fachrichtungen (26% der Studenten in technischen Fächern waren weiblich) noch deutlicher ab (Schenk 1991).

Demgegenüber entspricht die traditionelle berufliche Konzentration von Frauen in den neuen Bundesländern weitgehend nicht deren Vorstellungen über die Berufstätigkeit von Männern und Frauen. So geben sechs von zehn aller Frauen – bei jüngeren Frauen liegt der Anteil höher – an, daß Frauen auch traditionelle Männerberufe ergreifen sollten. Zwei Drittel der Frauen meinen aber auch, daß Männer ruhig Frauenberufe wählen sollten. Weiterhin ist nach Ansicht von Frauen eine Berufsausbildung für Mädchen gleichermaßen von Bedeutung wie für Jungen. So lehnen nahezu alle befragten Frauen (97%) die Meinung ab, daß eine berufliche Ausbildung für Jungen wichtiger sei als für Mädchen (Infas 1991).

Insgesamt fällt auf, daß trotz der Systemunterschiede zwischen der alten DDR und der alten Bundesrepublik über weite Bereiche hinweg Übereinstimmung bei der geschlechtsspezifisch segregierten Berufsausbildung bestand. Hierfür sind in beiden Teilgebieten Sozialisations-einflüsse und gesellschaftliche Erwartungen an die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verantwortlich. Verstärkt wird dies in den alten wie auch in den neuen Bundesländern – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – durch die geschlechtsspezifische Struktur des „Ausbildungsstellenmarktes“. In der ehemaligen DDR wurde – in den letzten Jahren sogar zunehmend – die berufliche Segregation deutlich von planwirtschaftlicher Regulierung und einer Zuweisung in Männer- oder Frauenberufe bestimmt.

In beiden Teilgebieten gilt, daß es in traditionellen Frauenberufen und z. T. auch in den von Frauen neu erschlossenen ehemaligen Männerberufen Frauen eher möglich ist, sich entsprechend der gesellschaftlich erwarteten Rollenverteilung zu verhalten, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Unabhängig von den eigentlichen Berufswünschen orientierten sich damit – wie in den alten Bundesländern – auch in der ehemaligen DDR Frauen auf Berufsfelder, die ihnen die Bewältigung der Anforderungen von Erwerbsleben und Familienpflichten erlaubten (Schenk 1991).

Im Hinblick auf die Diskussion um die „Eignung“ (Ostner 1983) und das Interesse von Frauen für bestimmte Bereiche

bzw. Berufe ist zu berücksichtigen, daß es Frauen in der DDR häufiger als in den alten Bundesländern gelungen ist, in traditionelle Männerbereiche einzudringen. Aber auch hier bildete sich eine Segregation in Männer- und Frauenberufe heraus, die sich in den letzten Jahren – trotz in zunehmendem Umfang körperliche Erleichterungen schaffender Technisierung – stabilisierte. Arbeitsplätze, die durch die Einführung neuer Technologien attraktiver, insbesondere auch im Hinblick auf bessere Verdienstmöglichkeiten, wurden, blieben häufig Männern vorbehalten. Ursachen für die sich erneut herausbildende berufliche Segregation lagen weniger am geringeren Interesse von Frauen oder deren spezifischem Arbeitsvermögen. Gründe dafür waren vielmehr geschlechtsspezifische Restriktionen beim Angebot notwendiger Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten bis hin zu der mit extensiver Nutzung neuer Technologien verbundenen „familienfeindlichen“ Schichtarbeit und der tradierten Zuordnung von Tätigkeiten mit besseren Verdienstmöglichkeiten zu Männerbereichen.

Anders als bei der beruflichen Erstausbildung mit einem vergleichbaren Ausbildungsniveau von Männern und Frauen kam es bei der Weiterbildung von Frauen in den 80er Jahren noch zu einem deutlichen Rückgang, so daß 1988 lediglich 30% der Teilnehmer(innen) an beruflicher Weiterbildung weiblich waren. Im Hinblick auf die fachliche Ausrichtung spiegelte sich auch hier eine Reproduktion geschlechtsspezifischer horizontaler Segregation der Qualifikation wider (Frauenreport '90).

3.2 Situation von Frauen im weiteren Berufsverlauf

Auch in der bisherigen DDR setzt sich die Benachteiligung von Frauen im weiteren Berufsverlauf zwischen den bzw. auch innerhalb der Berufe fort. Dies bedeutete für Frauen weniger Entfaltungsmöglichkeiten im Berufsleben, geringeres Einkommen, schlechtere Arbeitsbedingungen und begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten. Gesellschaftspolitische Vereinbarkeitsforderungen von Berufstätigkeit und Mutterschaft wurden zwar formal (z. B. durch Frauenkommissionen, jährlich zu erarbeitende Frauenförderpläne) geregelt, aber kaum faktisch durch eine betriebliche Frauenförderpolitik flankiert. Besonders deutlich wird dies am Beispiel von Fallstudien der Akademie der Wissenschaften, nach der Stellen häufig unbesetzt blieben, wenn sich kein männlicher Bewerber fand und „Manager und Personalchefs bei der Besetzung von Leitungsfunktionen häufig mittelmäßige Männer einer sehr guten Frau vorzogen“ (Schenk 1990).

Wie in westlichen Industrienationen bestanden und bestehen auch in der ehemaligen DDR deutliche Einkommensunterschiede zwischen vollzeitbeschäftigten Männern und Frauen. Mit 1.246,- Mark lag im Juni 1990 der Lohn/das Gehalt von Männern um 318,- Mark (34%) höher als bei Frauen (bei jüngeren Erwerbstätigen waren die Unterschiede etwas geringer) (Brinkmann, Engelbrech 1991). Dies wird durch Vergleiche in ehemals Berlin-Ost bestätigt, wo Ende der 80er Jahre die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen immer noch 345,- DM monatlich betrug, also ein Frauenlohn nur 75% – und damit ein ähnliches Verhältnis wie in den alten Bundesländern – des männlichen Einkommens erreichte. Analysen in einzelnen Wirtschaftsbereichen zeigten, daß sich weder eine qualifizierte Ausbildung noch eine Erwerbstätigkeit in einem eher männerdominierten Bereich für Frauen in gleichem Maße wie für Männer auszahlte (Schenk 1990). Die

traditionellen Unterschiede in der Lohnarbeit zwischen Männern und Frauen – indiziert insbesondere durch horizontal und vertikal geschlechtsspezifisch unterschiedliche „Arbeitsmärkte“ – überdauerten in der Plan- wie in der Marktwirtschaft (WZB-Mitteilungen 1991).

Ende der 80er Jahre wiesen DDR-Statistiken rund ein Drittel der Leitungsfunktionen als mit Frauen besetzt aus. Diese waren aber über die Wirtschaftsbereiche und Hierarchieebenen sehr unterschiedlich verteilt. So gelang es trotz vielfältiger Beispiele von beruflichem Aufstieg Frauen kaum, über die mittlere Führungsebene hinauszukommen und Leitungspositionen einzunehmen (Frauenreport '90).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich die überwiegende Alleinzuständigkeit der Frauen für familiäre Aufgaben auch in der bisherigen DDR trotz staatlicher Ankündigungen zur Gleichstellung auf deren berufliche Situation negativ auswirkte: Untersuchungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft in der Mitte der 80er Jahre belegen, daß Frauen aus diesen Gründen häufiger als Männer unterhalb ihres Qualifikationsniveaus beschäftigt waren. Einerseits suchten sich auch in der ehemaligen DDR Frauen einen Arbeitsplatz, der eine bessere Verbindung von Familie und Beruf erlaubte. Andererseits gab es in den Betrieben für Frauen ebenfalls geringere Aufstiegsmöglichkeiten. Dies zeigte sich z. B. darin, daß ein Wechsel vom Ausbildungsberuf in eine andere Tätigkeit bei Männern häufiger als bei Frauen mit einer im Hinblick auf Verdienst oder Position positiven beruflichen Entwicklung verbunden war, während bei Frauen der Wechsel überwiegend in der gleichen Qualifikationsstufe stattfand. So setzten Betriebe in vielen Fällen von vornherein weibliche Hoch- und Fachschulkader in Positionen mit geringerer Verantwortung ein, weil durch Geburten und Krankheiten der Kinder Ausfälle erwartet wurden. Andererseits war ein Großteil der Frauen durch familiäre Bedingungen (Arbeitswegezeiten, Rücksicht auf Arbeitsstelle/Wohnort des Partners u. a.) darauf angewiesen, einer ihrer Qualifikation weniger adäquaten beruflichen Tätigkeit nachzugehen, um überhaupt berufstätig sein zu können (Frauenreport '90).

Trotz formalen Gleichstellungsanspruchs haben sich somit wie in den alten Bundesländern – wenn auch auf anderem Niveau – in der ehemaligen DDR unterschiedliche „Ausbildungs- und Arbeitsmärkte“ verfestigt. Durch den Übergang zur Marktwirtschaft und den drastischen Veränderungen am Arbeitsmarkt werden berufliche Qualifikationen und Erfahrungen, aber auch individuelle Möglichkeiten der Frauen und Erwartungen der Betriebe zur Humankapitalnutzung wichtige Selektionskriterien für den beruflichen Aufstieg sein. Somit ist zu erwarten, daß Männer und Frauen von den gegenwärtigen und zu erwartenden Strukturveränderungen unterschiedlich betroffen sein werden. Tatsächlich gehen auch gegenwärtig lediglich 10% der Frauen davon aus, daß sie gleiche Chancen wie Männer am Arbeitsplatz haben (Infas 1991). In welcher Weise und in welchem Umfang sich der Arbeitsmarkt für Frauen seit der Wende verändert hat, soll im folgenden näher analysiert werden.

4 Der Übergang zur Marktwirtschaft: Abdrängung und Arbeitslosigkeit von Frauen

4.1 Entwicklung der Unterbeschäftigung

Während im Januar 1990 lediglich 7400 Personen in der ehemaligen DDR arbeitslos gemeldet waren, nahm die

Entwicklung bis zum Sommer dieses Jahres dramatisch zu. So betrug die Zahl der Arbeitslosen im August 1991 über 1 Mio. Mit einem Anteil von 60% an den Arbeitslosen – im Vergleich zu 48% an der erwerbstätigen Bevölkerung – waren und sind Frauen von Arbeitslosigkeit auch dort stärker betroffen als Männer (Arbeitslosenquote Frauen: 14,6%, Männer 9,6%). Faktisch bedeutete dies im Herbst 1991 knapp 250000 mehr arbeitslose Frauen als Männer.

Zusätzlich scheinen für Frauen die Möglichkeiten, bei Unterauslastung der Betriebe vorerst in Kurzarbeit auf ihrem Arbeitsplatz bleiben zu können, geringer zu sein (Infratest 1991b). So lag der Frauenanteil der Kurzarbeiter im Mai 1991 bei 44% und damit deutlich niedriger als ihr Anteil an den Erwerbstätigen vor der Wende (49%, IAB-Kurzbericht vom 8. 7. 1991). Gründe dafür sind u. a., daß Arbeitnehmerinnen häufiger in Kleinbetrieben und in Bereichen ohne Zuschußzahlung tätig sind (wie z. B. Land- und Forstwirtschaft, Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, vgl. IAB-Kurzbericht vom 10. 7. 1991). Daneben spielt die Konzentration der Frauenbeschäftigung auf Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe, die auch in kurzarbeitenden Betrieben von Entlassungen betroffen sind, eine Rolle.

Das Ausmaß der Unterbeschäftigung bei gegebenen arbeitsmarktpolitischen Regelungen spiegelt sich beispielsweise im August 1991 in folgenden Größen wider: ca. 630 000 arbeitslos gemeldete Frauen, 280 000 Frauen im Vorruhestand, 180 000 Frauen in Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung, 100 000 weibliche Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und 100 000 in Vollzeit-äquivalenten umgerechneten Arbeitsplatzverlusten bei Frauen infolge Kurzarbeit.

Betrachtet man Männer und Frauen, die zwischen November 1990 und März 1991 den Betrieb gewechselt hatten bzw. wechseln mußten, so deutet sich an, daß Frauen häufiger in Betrieben beschäftigt waren, die stärkerem Rationalisierungsdruck ausgesetzt sind. Frauen mußten in größerem Umfang als Männer den Arbeitsplatz wechseln, weil der Betrieb geschlossen wurde (29% gegenüber 17%). Entsprechend lagen die Entlassungen bei Frauen höher (39% gegenüber 28%) und die nicht unmittelbar vom Betrieb, sondern selbst getätigten Kündigungen niedriger (46% gegenüber 62%). Auch zwischen März und Juli 1991 hatten 40% der Frauen und 57% der Männer, die eine neue Tätigkeit aufnahmen, selbst gekündigt. Mit 27% bis März und bei zunehmender Tendenz mit 34% bis Juli 1991 waren Frauen nach dem Betriebswechsel häufiger befristet beschäftigt als Männer (21% bzw. 25%). Letztere fanden in zunehmenden Maße einen Arbeitsplatz in einem vermutlich vom Arbeitslosigkeitsrisiko weniger bedrohten Betrieb mit Standort in Westdeutschland (Männer: 26% bzw. 24%, Frauen: 5% bzw. 6%) (Infratest 1991b und 1991c).

Weitere Hinweise auf eine stärkere Gefährdung durch Entlassungen bei Frauen im Vergleich zu Männern geben Analysen zur Entwicklung von Treuhandunternehmen (Treuhandanstalt u. a. 1991). Nach einer Hochrechnung wird die Beschäftigtenzahl in Treuhandunternehmen im Jahre 1991 auf 53% zurückgehen. Dabei reduziert sich der Frauenanteil von 39,9% auf 34,1%.

Vier von zehn nicht berufstätigen Frauen gaben im November 1990 an, daß sie ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt als sehr schlecht und weitere drei von zehn als eher schlecht ansehen (Infas 1991). In eine ähnliche Richtung gehen die

Angaben von Frauen, die eine Stelle suchen (Infratest 1991a). Knapp die Hälfte dieser Frauen schätzte in der ersten Jahreshälfte 1991 die Chancen, eine Arbeit zu finden, als sehr gering (Männer ein Drittel) und über ein Drittel, ähnlich wie Männer, als gering ein.

4.2 Frauentypische Arbeitsmarkthemmnisse

Besondere Arbeitsmarktgefahren bestehen für Frauen – wie für Männer – mit individuellen Defiziten, wie Alter, geringe Qualifikation und gesundheitlicher Beeinträchtigung. Zusätzlich ergeben sich – im Gegensatz zu Männern – Arbeitsmarktrisiken für Frauen, die durch familiäre Pflichten freiwillig oder unfreiwillig in geringerem Maße auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind, also Frauen in Teilzeitarbeit oder nach längerer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Hiervon werden insbesondere auch alleinerziehende Frauen – deren Anteil an den berufstätigen Frauen in den neuen Bundesländern deutlich höher ist als in den alten – betroffen sein, da bei ihnen Arbeitsausfälle, z. B. infolge Erkrankung von Kindern, für Betriebe weniger kalkulierbar sind. Bereits im Juni 1990 zeigte sich, daß für nicht berufstätige Frauen in den neuen Bundesländern die Erwerbstätigkeit eine größere Bedeutung hat als in den alten. Etwa die Hälfte von ihnen beabsichtigt in Zukunft wieder eine Arbeit aufzunehmen (36% „auf jeden Fall“, 17% „vielleicht“). 1986 lag der vergleichbare Anteil im ehemaligen Bundesgebiet bei knapp einem Drittel und damit deutlich niedriger (11% bzw. 20%) (Brinkmann, Engelbrech 1991). Aber auch für sieben von zehn der berufstätigen Frauen wäre der Arbeitsplatzverlust „sehr schlimm“ und lediglich 7% schätzten es als „leicht“ ein, wieder eine geeignete Stelle zu finden. Tatsächlich kamen in dem Zeitraum bis ein Jahr nach der Wende Männer (mit 60% gegenüber Frauen mit 40%) besser in neuen Betrieben unter (Infratest, 1991a). Ähnliches gilt bei den Neueinstellungen in bestehenden Betrieben.

Daß Frauen in geringerem Maße mobil sind bzw. sein können als Männer, ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: Zum einen dürfte die Sozialisation der Frauen in geringerem Maße auf berufliche Initiativen ausgerichtet sein, zum anderen lassen die Betriebe ein geschlechtsspezifisch unterschiedliches Einstellungsverhalten erkennen; schließlich scheint es auch, daß die stärkere familiäre Bindung bzw. Verpflichtung der Frauen sowie ihre berufliche Ausrichtung eine Rolle spielen. Eine Arbeitsaufnahme in Westdeutschland schließen Frauen im November 1990 mit 74% deutlich häufiger aus als Männer (55%, Engelbrech, Kraft 1991). Neun von zehn der weiblichen und acht von zehn der männlichen Arbeitssuchenden wollten in der ersten Jahreshälfte 1991 in ihrer näheren Umgebung arbeiten. 10% der Frauen, aber 32% der Männer suchten im ersten Quartal 1991 und 16% der Frauen – also mit zunehmender Tendenz – und 30% der Männer im 2. Quartal 1991 nicht nur im Gebiet der ehemaligen DDR, sondern auch in Westdeutschland, weitere 10% bzw. 15% der Männer und 15% bzw. 8% der Frauen in ehemals West-Berlin eine Stelle (Infratest, 1991b und 1991c).

Noch deutlicher unterscheiden sich die Anteile von Männern und Frauen unter den Pendlern nach Westberlin und vor allem nach Westdeutschland. Lediglich 21% aller Pendler sind Frauen – unter den Pendlern nach Westberlin liegt der Anteil bei einem Drittel und unter denen nach Westdeutschland bei 16% (IAB-Kurzbericht vom 8. 10. 1991). Neben der besseren Arbeitsmarktsituation in Wirtschaftsbereichen, in denen Männer überrepräsentiert sind

(z. B. Baubereich), dürften sich auch hier die geringeren Möglichkeiten regionaler Mobilität mit längeren Wegezeiten von Frauen aufgrund deren überwiegender Zuständigkeit für familiäre Pflichten widerspiegeln. Somit deutet einiges darauf hin, daß von der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation und den zu erwartenden Strukturveränderungen Frauen und Männer unterschiedlich betroffen sein werden und daß in Zeiten eines Arbeitskräfteüberhangs eine Verschiebung von der Berufstätigkeit in die Stille Reserve, aber auch in eine reine Familientätigkeit zu erwarten ist.

5 Strukturveränderungen und Arbeitsmarktanforderungen an Frauen

5.1 Ausgangslage

Gegenwärtig ist zu erwarten, daß die gesamtdeutsche Erwerbsbeteiligung der Frauen nach Jahren irgendwo zwischen der weiter gestiegenen Frauenerwerbsbeteiligung im Westteil und rückläufiger Frauenerwerbsbeteiligung im Ostteil liegen wird. Ursachen für die steigende Erwerbsbeteiligung in den alten Bundesländern sind u. a. das höhere Qualifikationsniveau jüngerer Frauen und die – vergleichbar anderen Industrienationen – zunehmende Ausweitung der „Frauendomäne“ Dienstleistungsbereich. Möglicherweise wird Frauenarbeit – wie in Schweden (Schmid 1981) – auch in größerem Umfang erforderlich wegen der steigenden Fiskalabgaben. Dies könnte zur gegenwärtigen Finanzierung gleichwertiger Sozial- und Wirtschaftsstrukturen in Ost und West, oder z. B. zum weiteren Ausbau sozialer Infrastruktureinrichtungen nötig werden. Gelingt es, die Nachfrage von Frauen nach Arbeit in Wachstumsbranchen bzw. bei Tätigkeiten, für die bereits jetzt Fachkräftemangel erwartet wird, aufzufangen, wird in den alten Bundesländern der Trend zunehmender Erwerbsbeteiligung in den nächsten Jahren zusätzlich verstärkt.

In den neuen Bundesländern ist aus Arbeitsmarktgründen immer noch von einer rückläufigen Erwerbstätigkeit bei stagnierender Erwerbsbeteiligung der Frauen auszugehen. Gegenwärtige Ausgangslage ist ein Rückgang der Arbeitsplätze auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt von Frauen um zumindest 1,5 Mio., der abgesehen von Kurzarbeit, der Abdrängung in Arbeitslosigkeit und Stille Reserve durch zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Weiterbildungsangebote z. T. „abgefedert“ wurde. Treten die Prognosen des Sachverständigenrates ein (Jahresgutachten 91/92), wonach die Hälfte der ehemals Erwerbstätigen im Jahre 1992 auf Transferleistungen angewiesen sein wird, dann werden die Gefahren zusätzlicher Abdrängungsvorgänge offensichtlich.

Wie Erfahrungen aus den alten Bundesländern zeigen, sind Arbeitskräfte, deren längerfristige Nutzung weniger gesichert ist, und aus Sicht der Betriebe weniger qualifiziert einsetzbare Beschäftigte, wie z. B. teilzeitbeschäftigte Frauen, Berufsrückkehrerinnen sowie Alleinerziehende bei Einstellungen benachteiligt. Durch die nahezu ausschließliche Zuständigkeit für familiäre Pflichten kommen für Frauen, die – im Vergleich zu Männern – geringeren Möglichkeiten zu regionaler Mobilität innerhalb der ehemaligen DDR und zum Pendeln oder zur Wohnortsverlegung in die alten Bundesländer erschwerend hinzu.

5.2 Strukturverschiebungen

Für die Nachfrage nach Arbeitskräften lassen vorhandene Strukturunterschiede zu den alten Bundesländern, wie

auch zu den übrigen westlichen Industrienationen eine unterschiedliche Entwicklung innerhalb und zwischen den primären, sekundären und tertiären Bereichen erwarten. So zeigt z. B. ein Vergleich der Beschäftigungsstruktur nach Wirtschaftsbereichen in den neuen Bundesländern eine ähnliche Verteilung wie in den alten Bundesländern, mit einem time-lag von 20 Jahren. Wenn auch nicht damit zu rechnen ist, daß sich die Entwicklung in den neuen Bundesländern deckungsgleich zu der in den alten Bundesländern verhält, so wird doch ein Prozeß der Annäherung und tendenziellen Angleichung stattfinden. Dies heißt allgemein: Rückgang der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (mit Ausnahme der Wartungstätigkeiten) sowie der Land- und Forstwirtschaft, Stabilität bei Handel und Verkehr und Zunahme bei den Dienstleistungen (Stoß, Weidig 1990). Wobei bei letzteren gegenläufige Entwicklungen zu erwarten sind: Stagnation bei primären Dienstleistungen, wie weniger qualifizierten allgemeinen Diensten (Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren, Sichern) und einfachen Bürotätigkeiten, in denen in nicht unerheblichem Umfang Frauen beschäftigt sind und Ausweitung von qualifizierten sekundären Dienstleistungen, wie Betreuen, Beraten, Lehren, Publizieren, Organisieren und Managen sowie Forschen und Entwickeln, mit gegenwärtig überdurchschnittlich hohem Männeranteil (Stoß, Weidig 1990). Diese zu erwartenden Tendenzen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden durch die Folgen der EG-Binnenmarktöffnung ab 1992 zusätzlich verstärkt (Prognos EG) und je schneller auch die neuen Bundesländer innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu einem „Hochlohnland“ werden, desto größer wird der Rationalisierungsdruck auf lohnintensive, unqualifizierte Arbeitsplätze sein. Insgesamt ist im Produktionsbereich vor allem in der bisherigen Konsumgüter- und in Teilen der Investitionsgüterindustrie mit einer Reduzierung der Arbeitsplätze und zwangsläufiger „Freisetzung“ zu rechnen. Die Folge ist ein Überangebot an qualifizierten, jedoch für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes nicht adäquat qualifizierten Kräften. Das kann zur Folge haben, daß es insbesondere in Teilen des verarbeitenden Gewerbes zu einer Konkurrenzsituation zwischen Männern und Frauen kommen wird. Dabei besteht die Gefahr des sog. „Nachkriegseffekts“; damals wurden Frauen verstärkt aus der Produktion herausgedrängt, um arbeitssuchenden Männern Platz zu machen (Lappe 1991).

Für die häufig von Frauen ausgeübten Berufe in der Produktion bedeutet der sektorale Wandel im Gebiet der ehemaligen DDR in großem Umfang „Freisetzungen“ von Frauen. Besonders betroffen sind die rationalisierungsanfälligen Arbeitsplätze von Frauen im Textil- und Bekleidungs-gewerbe, aber z. T. auch der Chemie, Leichtindustrie bzw. Landwirtschaft. So ging in der Textilindustrie - bei einem Frauenanteil von zwei Dritteln – vom Herbst 1989 bis Ende 1990 jeder dritte Arbeitsplatz verloren; bis Ende 1991 werden dies nach Vorausschätzung zu Beginn dieses Jahres ausgewählter Betriebe vier von fünf Arbeitsplätzen sein. Von den Ende 1990 knapp 220 000 Arbeitsplätzen bleiben dieser Schätzungen zufolge bis Ende 1991 lediglich gut 40 000 erhalten. Regional gesehen ist davon vor allem der Süden der früheren DDR betroffen (IAB-Kurzbericht vom 22. 5. 1991).

In der Chemischen Industrie (Frauenanteil 41%) wird aus der Sicht ausgewählter Betriebe am Jahresbeginn voraussichtlich jeder zweite Arbeitsplatz bis Ende 1991 verlorengehen, das bedeutet Freisetzung von ca. 150 000 Erwerbstätigen. Regionaler Schwerpunkt ist Sachsen-Anhalt, wo

knapp die Hälfte aller Beschäftigten in der Chemie tätig ist (IAB-Kurzbericht vom 3. 5. 1991).

In der Landwirtschaft (Frauenanteil 39%) kommt es nach Analysen von Anfang 1991 ausgewählten Betrieben zu einem Rückgang der Beschäftigung von 825 000 Arbeitsplätzen im Oktober 1989 um ca. 70% oder um ca. 600 000 Arbeitsplätze bis Ende 1991. Hiervon sind insbesondere Erwerbstätige in Mecklenburg-Vorpommern sowie Brandenburg, wo 19% bzw. 14% aller Erwerbstätigen (Durchschnitt 9,7%) in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt sind, überdurchschnittlich betroffen (IAB- Kurzbericht vom 30. 4. 1991, Hadler, Kätzel 1991).

Nach Ergebnissen des „Arbeitsmarkt-Monitors“ (Infratest 1991c) ist der Arbeitsplatzabbau auf dem Gebiet der neuen Bundesländer bis Juli 1991 für Männer und Frauen proportional erfolgt. Wieweit der noch ausstehende branchenspezifische Abbau „veralteter“ Arbeitsplätze Männer oder Frauen stärker betrifft, ist gegenwärtig schwer zu beantworten, da sich abzeichnet, daß auch Männerdomänen (Bergbau, Schiffbau, Schwermaschinenbau) massiv bedroht sind.

Sollte es – ähnlich den westlichen Industrienationen – zur Herausbildung eines Tertiärisierungseffektes kommen, werden sich Aufnahmemöglichkeiten vor allem innerhalb der sekundären Dienstleistungen, wie des Beratungs-, Service- und Planungsbereichs, insbesondere Forschung und Entwicklung, Organisation und Management, Betreuung, Beratung und Lehre ergeben (Blaschke u.a. 1990). Dies könnte dazu führen, daß sich für die besonders gefährdeten Arbeitsplätze von Frauen mit akademischen Qualifikationen bei der gegenwärtig beobachtbaren Erosion in der Hochschul- und Forschungslandschaft (Schenk 1991) neue kompensatorische Möglichkeiten ergeben.

Neben den zu erwartenden Entwicklungen im Dienstleistungsbereich besteht kurzfristig eine überproportionale Arbeitskräftenachfrage für Bau- und Baunebenberufe (Frauenanteil 17%) und nach Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung (Ifo-Schnelldienst 1991) wird ein Engagement westlicher Firmen vor allem in der Investitionsgüterindustrie, der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und der Verbrauchergüter-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie erwartet. Trotz der im Vergleich zu den alten Bundesländern geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Berufsstruktur in der vormaligen DDR sind dies – mit Ausnahme der letztgenannten – Branchen, in denen der Männeranteil an den Beschäftigten bisher deutlich über dem Durchschnitt lag und damit aufgrund vorhandener Qualifikation Männer besser einsetzbar als Frauen sind. Dies kompensiert möglicherweise Vorteile für Frauen in den sich gegenwärtig entwickelnden Dienstleistungsbereichen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß im Moment erkennbare kurzfristige Entwicklungstendenzen nicht unmittelbar auf langfristige Trends schließen lassen und möglicherweise zu Überkapazitäten führen können, denen dann kein entsprechendes Beschäftigungswachstum gegenübersteht.

In einem insgesamt in den neuen Bundesländern sich verengenden Arbeitsmarkt besteht weiterhin die Gefahr, daß sich der Trend der letzten Jahre des „Eindringens“ von Männern in ehemals weibliche, sich sukzessive computerisierende Dienstleistungsbereiche (Sparkassen, Post, Verkehrswesen) fortsetzt und daß sich die Konkurrenz unter den Geschlechtern verstärkt (Kreher 1990). So zeigte sich bei der Neubesetzung von Stellen zwischen November 1990 und März 1991, daß die Geschlechterverhältnisse in den

traditionellen Männerbereichen in der Bauwirtschaft (15% aller erwerbstätigen Männer, Frauen: 2%) und in der Metall- und Elektrobranche (Männer: 16%, Frauen: 3%) stabil blieben. Dagegen nahm im Banken- und Versicherungsbereich (Anstieg Männer: 5%, Frauen: 4%), aber auch im Handel (Männer: 18%, Frauen: 12%) die Beschäftigung von Männern im Vergleich zu Frauen zu (Infratest 1991b).

5.3 Qualifikationsanforderungen

Diese geschlechtsspezifische Konkurrenz einerseits, aber auch die tradierte frauentypische Berufswahl- und Ausbildungsmöglichkeit wirken sich gegenwärtig besonders stark auf dem sich im Osten verengenden Ausbildungsstellenmarkt aus. Während Anfang 1991 in den alten Bundesländern 118 Ausbildungsplätze auf 100 Bewerber entfielen, kamen in den neuen Bundesländern 146 Bewerber auf 100 angebotene Ausbildungsplätze (Engelbrech 1991). Weiterhin machen Analysen der Treuhandunternehmen die Ausbildungsstellenverknappung und den drastischen Rückgang an Ausbildungsplätzen bei bestehenden Betrieben und hierbei insbesondere die spezifische Betroffenheit von jungen Frauen deutlich. Von den bis Ende 1991 vorgesehenen 20 800 Ausbildungsplätzen werden lediglich 3400, d. h. 18% für Mädchen vorgesehen sein (Treuhandanstalt 1991).

Besondere Schwierigkeiten haben junge Frauen insbesondere durch ihr ausgeprägtes Interesse an kaufmännischen und Dienstleistungsberufen, in denen es häufig an entsprechenden Angeboten mangelt. So gibt es einerseits den größten Bewerberüberhang bei Waren- und Dienstleistungskaufleuten, Verwaltungs- und Büroberufen, den Körperpflegerinnen, Gästebetreuerinnen und Hauswirtschaftsberufen und Bewerberdefizite im Metall-, Bau- und Elektrobereich (Bundesanstalt für Arbeit 1991).

Auf der anderen Seite ist das Ausbildungsplatzangebot in den neuen Ländern noch von der traditionellen Dominanz gewerblich-technischer Berufe geprägt. 70% (alte Bundesländer 54%) der Ausbildungsstellen werden in Fertigungs-, Landwirtschafts- und Technischen Berufen und 30% (alte Bundesländer 46%) in Dienstleistungsberufen angeboten (Schober 1991). Hier wird zu erwarten sein, daß im Gefolge des strukturellen Wandels in alten wie in neuen Betrieben eine Verschiebung der Tätigkeiten und der Ausbildungsmöglichkeiten zum Dienstleistungsbereich und damit eine Anpassung an die Nachfrage junger Frauen stattfindet.

Sowohl beim Wegfall von Ausbildungsplätzen wie auch bei der Neubesetzung wirkt sich die – im Vergleich zu jüngeren Männern – stärkere Konzentration auf wenige Ausbildungsbereiche für die weiteren beruflichen Möglichkeiten für junge Frauen negativer aus. Dies wird auch dadurch nicht aufgehoben, daß weibliche Lehrstellenbewerber häufiger die Berufsberatung bei der Suche einschalten und ein höherer Anteil von ihnen eine über die Pflichtschule hinausgehende Schulbildung besitzt. So hatten im Frühjahr 1991 35% der Frauen, aber nur 22% der Männer noch keinerlei Zusage auf ihre Bewerbung (IAB-Kurzbericht vom 17. 7. 1991). Mit dem gefundenen bzw. in Aussicht gestellten Ausbildungsplatz waren junge Frauen häufiger als junge Männer nicht zufrieden und eher bereit auch Ausweichstrategien in Kauf zu nehmen. Bei jungen Frauen, die sich nur in Ostdeutschland beworben haben, sieht die Situation deutlich schlechter aus als bei Jungen, aber auch als bei jenen Mädchen, die sich in den alten Bundesländern um eine Lehrstelle bemühen. Tatsächlich

haben sich junge Frauen (43%) häufiger als junge Männer (26%) im Westen beworben; sie waren also offensichtlich stärker gezwungen in die alten Bundesländer auszuweichen (Schober 1991). Es bleibt somit zu hoffen, daß größere Reserven an betrieblichen Ausbildungsplätzen, wie sie z. B. über das Sonderprogramm des Bildungsministeriums, die ergänzenden Förderprogramme in den neuen Bundesländern und die Förderung der Bundesanstalt für Arbeit erschlossen werden, in ausreichendem Maße auch jungen Frauen zur Verfügung stehen.

Zwar ist in den neuen Bundesländern die berufliche Qualifikation der Arbeitskräfte, gemessen am erreichten Ausbildungsabschluß, formal ähnlich den Verhältnissen im westlichen Teil Deutschlands. Doch bleibt wegen der in vielen Bereichen deutlich unterschiedlichen Bildungsinhalte und -Standards ein großer Bedarf an Ergänzung, Anpassung und Neuorientierung. Hier wird Aus- und Weiterbildung in einem Umfang notwendig sein, der weit über die Möglichkeiten des AFG hinausgeht und eine große gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft und Staat verlangt (Blaschke u. a. 1990). Hier wird stärker auf eine gleichwertige Beteiligung von Männern und Frauen zu achten sein, da sich bereits gegenwärtig eine geschlechtsspezifisch unterschiedliche Qualifizierung andeutet: Bei den zwischen April und Juli 1991 aufgenommenen Weiterbildungsmaßnahmen werden Männer mit 39% stärker als Frauen im Umgang mit neuer Technik qualifiziert (Frauen 32%), während umgekehrt Frauen (38%) häufiger als Männer (30%) in „Sonstigen“, also fachlich nicht direkt zuordenbaren Maßnahmen, zu finden sind.

Auf der anderen Seite führt die unmittelbare kurzfristige Nachfrage nach Arbeitskräften, wie z. B. im Sozialbereich als Altenpfleger, dazu, daß aufgrund der gegenwärtigen sehr eingeschränkten Arbeitsmarktmöglichkeiten als Folge beruflicher Weiterbildung unqualifizierter Einsatz von Frauen in Kauf genommen wird. Hier besteht längerfristig die Gefahr der Dequalifizierung im erlernten Beruf. Dies trifft insbesondere für den – im Vergleich zu Männern – größeren Anteil arbeitsloser Frauen zu, deren im Betrieb erworbenes Humankapital mit der Dauer der Erwerbslosigkeit veraltet bzw. entwertet wird.

Insgesamt kann für die alten und im besonderen Maße für die neuen Bundesländer festgehalten werden, daß eine wichtige Voraussetzung für eine der Nachfrage entsprechende Partizipation von Frauen am zukünftigen Strukturwandel eine möglicherweise andere, aber weiter zunehmende und notwendigerweise fachlich breiter anzulegende Bildungsbeteiligung von Frauen sein wird. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden starke Beschäftigungsverluste der Erwerbstätigen mit geringer beruflicher Qualifikation in allen Tätigkeitsbereichen erwartet. Dies gilt auch für Frauen. Insbesondere in traditionellen weiblichen Tätigkeitsbereichen, wie Bürotätigkeiten und bei den Dienstleistungstätigkeiten insgesamt, findet eine deutliche Verschiebung der Qualifikationsebene nach oben statt, an die das zukünftige Ausbildungsprofil von Frauen anzupassen sein wird. Letztendlich werden die zukünftigen beruflichen Möglichkeiten für Frauen – wie auch für Männer – vom Umfang und der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sein, für die das Qualifikationsniveau des Arbeitskräftepotentials lediglich ein Standortfaktor neben den Produktionskosten, der technischen, wirtschaftlichen Infrastruktur und dem institutionellen Rahmen ist.

Literatur

- Beck, U. (1990): Der Konflikt der zwei Modernen. Referat auf dem 25. Deutschen Soziologentag. Frankfurt/M.
- Blaschke, D., von Henniges, H. (1991): Sozialstrukturvergleich - Nachdenkliches zu Fragen und Problemen der Vereinbarkeit. In: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 143
- Blaschke, D., Koller, M., Kühlewind, G., Möller, U., Stooß, F. (1990): Qualifizierung in den neuen Bundesländern. Hintergründe, Tendenzen, Folgerungen. Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MatAB) 7
- Brandner, S. (1990): Beschäftigungsperspektiven für Frauen in den neuen Bundesländern. ifo-Schnelldienst, 35 – 36, München
- Brinkmann, Ch., Engelbrech, G. (1991): Erwerbsbeteiligung und Aspekte der Erwerbstätigkeit von Frauen in der ehemaligen DDR. BeitrAB 143
- Bundesanstalt für Arbeit (1991): Berufsberatung und Ausbildungsstellenmarkt, Berichtsjahr 1990/91. Nürnberg
- Engelbrech, G. (1987): Erwerbsverhalten und Berufsverlauf von Frauen: Ergebnisse neuerer Untersuchungen im Überblick. In: MittAB 2
- Engelbrech, G. (1991): Berufliche Erstausbildung und Weiterbildung von Frauen. In: Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 5
- Engelbrech, G. (1991): Berufsausbildung, Berufseinstieg und Berufsverlauf von Frauen – Empirische Befunde zur Erklärung beruflicher Segregation. In: MittAB 3
- Engelbrech, G., Kraft H. (1991): Berufsverlauf und Qualifikation bei deutschen Erwerbstätigen, eigene Berechnungen aus der Voruntersuchung zum IAB-Projekt 3/4-322 neu
- Frauenreport '90 (Hrsg. Gunnar Winkler) Berlin, 1990
- Hadler, H., Kätzel, K. (1991): Die Lage in der Landwirtschaft. IAB-Werkstattbericht Nr. 3
- Holst, E., Schupp, J. (1991): Frauenerwerbstätigkeit in den neuen und alten Bundesländern – Befunde des Sozio-ökonomischen Panels. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Diskussionspapier Nr. 37. Berlin
- Hoppe, H., Zettel, O. (1990): Lebensmuster in beiden deutschen Staaten. In: Informationen für die Frau, Heft 3
- IAB-Kurzbericht (30. 4. 1991): Beschäftigungsabbau in Problembranchen der neuen Bundesländer – Landwirtschaft
- IAB-Kurzbericht (3. 5. 1991): Beschäftigungsabbau in Problembranchen der neuen Bundesländer – Chemische Industrie
- IAB-Kurzbericht (22. 5. 1991): Beschäftigungsabbau in Problembranchen der neuen Bundesländer – Textil- und Konfektionsindustrie
- IAB-Kurzbericht (8. 7. 1991): Kurzarbeit in den neuen Bundesländern (1): Entwicklung, Struktur und Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt
- IAB-Kurzbericht (9. 7. 1991): Kurzarbeit in den neuen Bundesländern (2): Kurzarbeit und Qualifizierung
- IAB-Kurzbericht (10.7.1991): Kurzarbeit in den neuen Bundesländern (3): Recherchen und Interviews in Betrieben über Erfahrungen bei der Anwendung der Kurzarbeiterregelung
- IAB-Kurzbericht (17. 7. 1991): Ausbildung Ost 1991
- IAB-Kurzbericht (8. 10. 1991): Im Osten wohnen – im Westen arbeiten
- ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (1991): Schnellbericht 25-26, vom 16. September 91
- Infas (Institut für angewandte Sozialwissenschaft) (1991): Frauen in den neuen Bundesländern im Prozeß der deutschen Einheit. Bad Godesberg

- Infratest-Sozialforschung (1991a): Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer, Umfrage November 1990. München
- Infratest-Sozialforschung (1991b): Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer, Umfrage März 1991. München
- Infratest-Sozialforschung (1991c): Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer, Umfrage Juli 1991. München
- Kreher, S. (1990): Vortrag auf der Fachtagung „Arbeitsmarktstrukturen und Frauenerwerbsarbeit“ am 13. und 14. 12. 1990 an der Humboldt-Universität. Berlin
- Lappe, L.: Die Umwälzung auf dem Arbeitsmarkt und ihre Folgen für die Lebensverhältnisse männlicher und weiblicher Jugendlicher und Familien. Zur Veröffentlichung in BeitrAB vorgesehen
- Meier, U. (1991): Familiäre Lebensweise und ökonomische Funktion von Familien in der Ex-DDR. In: Der private Haushalt als Wirtschaftsfaktor. Frankfurt/M./New York
- Nickel, M.: Frauen- und Arbeitsmarktforschung in der ehemaligen DDR. Zur Veröffentlichung in BeitrAB vorgesehen
- Ostner, I. (1990): Das Konzept des weiblichen Arbeitsvermögens. In: Erklärungsansätze zur geschlechtsspezifischen Strukturierung des Arbeitsmarktes. SAMF-Arbeitspapier 1990-1
- Röth, U. (1990): Wieviel Staat darf es sein? In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 5/6
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1991): Jahresgutachten 1991/92
- Schenk, S. (1990): Neue Chancen und Risiken für Frauenerwerbsarbeit auf dem Berliner Arbeitsmarkt in den 90er Jahren (Gutachten). Berlin
- Schenk, S.: Qualifikationsstruktur und Qualifikationsbedarf erwerbstätiger Frauen in den neuen Bundesländern. Zur Veröffentlichung in BeitrAB vorgesehen
- Schmidt, G. (1989): Modell Schweden ein Vorbild? In: MittAB I
- Schober, K. (1991): Lehrstellensuche '91 – eine Zwischenbilanz. IAB-Werkstattbericht Nr. 7 vom 21. 11. 91
- Stoß, F., Weidig, I. (1990): Der Wandel der Tätigkeitsfelder und -profile bis zum Jahr 2010. In: MittAB I
- Treuhandanstalt Berlin, Institut für Wirtschaftswissenschaften Berlin, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (1991): Beschäftigungsperspektiven von Treuhandunternehmen, Schnellbericht vom 14. 6. 91
- WZB-Mitteilungen (1991): Frauenarbeit in der Ex-DDR. Heft 52